Saarlouis, Dienstag, 11. Januar 1921.

Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues und das angrenzende Lothringen.

Vierteljährlicher Bezugspreis durch unsere Agenten 12 Mk. Mit der Post bezogen 15 Mk. Zeilenpreise: a) für Anzeigen 41 mm Borgiszeile 1 Mk. b) für Reklamen 83 mm 2 Mk. Bei Wiederholungen günstiger Rabatt.

Nr. 7. 50. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. — In Saarlouis die Geschäftsstelle: Gefängnisstraße Nr. 6. Telegramm-Adresse Saar-Zeitung. — Fernsprecher: Expedition Nr. 2. Redaktion Nr. 82. Postfach 38.

Im Falle höherer Gewalt oder bei Störungen im Betrieb hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung.

Gegen die Jesuitenhetze des Reichsboten.

Der Verband ehemaliger Jesuitenzöglinge aus Feldkirch und Sittard: „Alt-Feldkirch-Alt-Sittard“ beschäftigte sich auf seiner am 4. Januar in Köln abgehaltenen Tagung u. a. mit der vom Reichsboten eingeleiteten Hetze gegen die Wirksamkeit des Jesuitenordens in Deutschland. Diese Verhetzungsversuche haben in der Germania schon die verdiente Zurückweisung gefunden. Einstimmig wurde die folgende Entschließung gefaßt:

„Der Reichsbote hat in seiner Nr. 5?? vom 22. Dezember einen Artikel: Die „Vortrefflichkeit“ des jesuitischen Erziehungs- und Unterrichtssystems veröffentlicht, der ihm aus Kreisen des „Antiultramontanen Reichsverbandes“ zugegangen ist. In höchst unsachlicher und gehässiger Weise ergeht sich dieser Artikel in Schmähungen der Lehr- und Erziehungstätigkeit der Gesellschaft Jesu und beleidigt damit nicht nur die Angehörigen des Ordens, sondern in gröblichster Art vor allem auch die Zöglinge der Jesuiten. U. a. stellt der Artikel die Behauptungen auf, daß die Erziehungs- und Lehrtätigkeit der Jesuiten in ihren Wirkungen weder gut, noch nachhaltig gewesen sei, daß sie Mangel an Charakterbildung gezeitigt habe, daß sie, beeinflußt von schrankenlosem Ordensegoismus, nur der Erlangung von Einfluß, Macht, Ehre und Reichtum nachstrebe, daß sie volksch-vaterländisches Bewußtsein und die Liebe zum Vaterland ertöte, daß sie, staats- und kulturfeindlich orientiert, auch die Zöglinge grundsätzlich zum Unabhängigkeitsstreben von jeder staatlichen Autorität treibe, daß sie eingeborenen Protestantenhaß großziehe, ja, daß sie sogar Knabenverführung, Homosexualität usw. gezüchtet habe. All diese Schmähungen sind aufgeschöpfter aus einseitigen und unwahren Berichten von Jesuitenfeinden. Teilweise sind dazu auch Schriften von Jesuiten benutzt worden, deren Sinn man mit Gewalt verdreht hat.

Der Verband Altfeldkirch-Altsittard erhebt als die berufene Vertretung der ehemaligen Jesuitenzöglinge von Feldkirch und Sittard vor aller Oeffentlichkeit flammenden Einspruch gegen die gehässige, maßlose, unsachliche und unwahre Beschimpfung seiner Erzieher, denen nicht nur die Zöglinge selbst, sondern das ganze deutsche Volk größten Dank schuldet für die uneigennützige, trotz aller Verkennung dem Staatswohl geleistete Arbeit. Er weist die gesamten vom Reichsboten veröffentlichten Behauptungen als den Tatsachen nicht im mindesten entsprechend zurück. Er verwahrt sich nicht zuletzt gegen die unerhörten Beleidigungen, die den Jesuitenzöglingen selbst mit ihren Patres durch den Reichsboten zugefügt worden sind und erklärt es für unverantwortliche Störung des konfessionellen Friedens, wenn solche Schmähungen, die jeden Beweises entbehren, von deutschen Zeitungen ins Volk geschleudert werden.

Hunderte von Jesuitenzöglingen haben je und je dem deutschen Volke ihre besten Kräfte dienstbar gemacht. Hunderte von ihnen sind zu Deutschlands Schutz mit Begeisterung in den Krieg gezogen und haben dort mit ihrem Blute die Liebe zur Muttererde, die ihnen von den Patres eingepflanzt wurde, besiegelt. Und noch vielmehr haben die deutschen Jesuiten selbst während des ganzen Krieges selbstlos als Krankenpfleger und Feldgeistliche im deutschen Heer bis zum Letzten sich geopfert, ohne auch nur einen Augenblick all des Unrechtes zu gedenken, das ihnen durch die Gesetze der Heimat einst angetan wurde. Aufhören soll man darum endlich mit Unwahrheit und Verhetzung, die nur die Seele unseres ohnehin genug gemarterten Volkes noch mehr vergiften. Wahrheit und Gerechtigkeit fordern wir, wie wir sie, den Lehren unserer Erzieher getreu, allen widerfahren lassen.“

An die gesamte deutsche Presse richtet der Verband ehemaliger Jesuitenzöglinge von Feldkirch und Sittard: „Altfeldkirch-Altsittard“ die Bitte, um des Rechtes und der Wahrheit willen die vorstehende Entschließung zum Abdruck zu bringen.

Papst Benedikt an die bayer. Bischöfe.

Die Freisinger Bischofskonferenz hatte, wie üblich, ein Begrüßungs- und Huldigungsschreiben an den Hl. Vater gesandt, das eine bemerkenswerte Antwort gefunden hat, die sowohl durch die Wärme des Tones hervorsticht, als auch durch ihre politischen Anklänge Beachtung finden dürfte. Das päpstliche Schreiben, das jetzt im Amtsblatte der Erzdiözese veröffentlicht wird, hat folgenden Wortlaut:

Den ehrwürdigen Brüdern
Michael, Erzbischof von München und Freising,
Jakobus, Erzbischof von Bamberg
und den übrigen Bischöfen Bayerns
Benediktus P. P. XV.
Ehrwürdige Brüder,
Gruß und Apostolischen Segen.

Für die enge Verbindung, in der ihr mit dem Stellvertreter Jesu Christi steht, und für das praktische Geschick, mit dem ihr des Oberhirtlichen Amtes waltet, legt auch ein vortreffliches Zeugnis ab das Schreiben, welches ihr jüngst bei Eröffnung der jährlichen Zusammenkunft an Uns gerichtet habt. Denn es überbrachte vor allem die Kundgebung eurer dankbaren Gesinnung teils für die Dienste, die Wir zu Nutz und Frommen eures Volkes — namentlich für die Kriegsgefangenen und die darbenden Kinder — nach Maßgabe der Mittel geleistet haben, [illegible] den Auftrag, den Wir jüngst gegeben haben, [illegible]

Kultusminister Haenisch über Schulfragen.

Kundgebung der christlichen Organisationen zur Sozialisierung im Bergbau.

— Frankfurt a. M., 10. Jan. Kultusminister Haenisch sprach am Freitag vor einer überfüllten Versammlung von Frankfurter Lehrer und Lehrerinnen über die während seiner zweijährigen Amtstätigkeit verfolgte Schulpolitik. An die Spitze seiner Ausführungen stellte er den Satz, daß es im neuen Staat nicht mehr Unterordnung und Autorität geben dürfe, sondern daß mit Verständnis und Vertrauen gearbeitet werden müsse. Schulpolitik könne man niemals vom grünen Tisch aus machen. Dann ging der Minister auf einzelne Schulfragen ein und betonte vor allen Dingen die Schwierigkeiten in der Durchsetzung der neuen Besoldungsordnung der Lehrer, streifte die Maßnahmen zur Berufung von Lehrern in das Ministerium und die Schaffung von Kreis- und Bezirkslehrerräten. Er stellte für den neuen Landtag eine neue Gesetzesvorlage in Aussicht, durch welche diese Räte in der Gesetzgebung verankert werden sollen. Einen weiteren Punkt seiner Ausführungen bildete der Abbau des Rektorats. Er kündigte an, daß im Herbst, falls er nach den neuen Landtagswahlen im Amt bleiben sollte, das Volksschulwesen durchweg auf dem Grundsatz der kollegialen Schulleitung aufgebaut werde. Bezüglich der Verschmelzung von Schule und Elternhaus wies der Minister auf die versuchsweise Einführung des Besuchsrechts der Eltern in der Klasse hin. Das Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern soll auf dem Boden der Schulgemeinde, die sich in verschiedenen Städten Deutschlands bewährt hätte, weiter in gleicher Weise ausgebaut werden. Der Minister schloß: „Von deutschem Geist, von der deutschen Seele, der deutschen Kunst, Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung muß die Erneuerung und Gesundung unseres Volkes ausgehen.“

Von der Religion braucht die Erneuerung nach Haenischs Ansicht nicht auszugehen. Aber sie wird dann auch nicht von Dauer sein und nicht zur Gesundung unseres Volkes führen. Wenn es im neuen Staat, also auch in der Schule, nicht mehr Unterordnung und Autorität geben darf, dann bleibt es ein Geheimnis Haenisch'scher Pädagogik, wie eine Erziehung der Kinder gewährleistet werden soll. Es ist wirklich Zeit, daß ein Kultusminister, der solche Prinzipien verkündet, von der Bildfläche verschwindet. Die Wähler haben es am 20. Februar in der Hand, dafür zu sorgen, daß Herr Haenisch nicht mehr im Amt bleiben kann, daß die böse Ahnung sich erfüllt, von der er selbst schon befallen ist.

bz. Duisburg, 9. Jan. Heute vormittag fand hier eine von mehreren Hundert Vertrauensleuten aus dem Rheinisch-westfälischen Industriegebiet besuchte Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt, die sich mit der Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues beschäftigte. Berichterstatter war Reichstagsabgeordneter Imbusch, Vorsitzender des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter. Er sprach sich gegen eine Verstaatlichung des Bergbaues, wie sie mit dem Worte Vollsozialisierung gemeint sei, aus. Die ganze Wirtschaft müsse vielmehr in möglichst vollkommener Weise dem Volke gegenüber dienstbar gemacht werden. Folgende Leitsätze wurden als im gegenwärtigen Zeitpunkte erreichbar angenommen: Die vorhandenen Kohlenschätze werden in den Besitz der Volksgemeinschaft übergeführt, die Ausbeutung wird den bisherigen Besitzern weiter überlassen, von denen eine Abgabe erhoben wird. Die im Bergbau Beschäftigten sind an der Produktion zu beteiligen. Die Gewinne müssen der Volksgesamtheit dienstbar gemacht werden. Die Schaffung einer befriedigenden Stellung für die im Bergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Das Betriebsrätegesetz muß sinngemäß durchgeführt und eventuell verbessert werden. Dazu kommt eine Aenderung der Aktienrechte, besonders die Einführung von Kleinaktien. Weber-Duisburg verurteilte in scharfen Worten den wilden Streik auf der Thyssen-Hütte in Hamborn, der zur Schließung dieser Hütte geführt habe, und wandte sich gegen die Bestrebungen, den Streik auf weitere Betriebe im rheinisch-westfälischen Industriegebiete auszudehnen, damit würden nur Not und Elend in Tausende von Arbeiterfamilien hineingetragen und dem Linksradikalismus Vorschub geleistet. In einer einstimmig gefaßten Entschließung wurden jene Leitsätze angenommen.

Der 18. Januar.

Die Interalliierte Rheinlandkommission verfügt:

* Koblenz, 1?. Jan. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat verfügt, daß innerhalb des besetzten Gebietes mißverständliche Kundgebungen, oder öffentliche Gedenkmittel am 18. Januar zu unterbleiben haben.

Die polnischen Truppenansammlungen an der deutschen Grenze.

§ Berlin, 10. Jan. Die Truppenansammlungen der Polen an der deutschen Grenze haben neuerdings einen bedenklichen Umfang angenommen und belaufen sich auf ungefähr 170000 Mann. Die deutsche Grenzbevölkerung, namentlich in Oberschlesien, wo die Grenzgebiete besonders stark mit polnischen Truppen aller Gattungen besetzt sind, befindet sich infolgedessen in begreiflicher Unruhe; muß sie doch damit rechnen, daß die polnischen Truppen für einen Einfall in das deutsche Gebiet bestimmt sind. Unter diesen Umständen hat die deutsche Regierung die Regierungen der Entente auf dieses Verhältnis aufmerksam gemacht und auch die polnische Regierung auf die mit der Truppenansammlung verbundenen Gefahren hingewiesen.

Die Senatswahlen in Frankreich.

bz. Paris, 10. Jan. Ueber das Ergebnis der Senatswahlen wird folgender offizieller Bericht herausgegeben: Es wurden gewählt drei Konservative, 13 Republikaner, 26 Linksradikale, 43 radikale Sozialisten und 11 soziale Republikaner. Das Ergebnis von zwei Wahlen in den Kolonien steht noch aus. Die Konservativen haben fünf Sitze verloren, die Linksrepublikaner zwei Sitze gewonnen, die Republikaner ihren Besitzstand behauptet. Die radikalen Sozialisten verloren vier Sitze, die sozialen Republikaner gewinnen sieben Sitze. Der zur Wahl stehende Ackerbauminister Ricard ist nicht wiedergewählt worden. Unter den Gewählten befindet sich der Chefredakteur des Matin, Henry de Jouvenel.

Zu dem Wahlergebnis sagt der Figaro, in politischen Kreisen habe man erklärt, daß die Senatswahlen zeigen würden, daß das Land genug habe vom nationalen Block und daß es sein Vertrauen der radikalen Partei wieder zuwenden werde. Das sei nicht der Fall. Die Radikalen hätten einige Sitze verloren, und es sei klar, daß die Wähler einer gemäßigten Politik zuneigten. — Humanité sagt, die politische Lage werde nach den Wahlen sein, wie sie gestern gewesen sei. — Eclair sagt, die Wahlen würden in nichts die Orientierung der allgemeinen politischen Lage ändern. Die Opposition gegen den nationalen Block, wie die Blätter der äußersten Linken vorausgesagt hätten, hätte sich nirgends gezeigt. — Echo de Paris erklärt, das Ergebnis des gestrigen Tages beweise klar, daß der Block der Linken, d. h. die Radikalen und ihre sozialistischen Verbündeten, eine große Niederlage erlitten hätten. Die Mehrheit im Senat gehe aus dem Wahlkampfe befestigt und verstärkt hervor. — Nach dem Journal scheine es tatsächlich nicht, daß ein bestimmter Wunsch ausgesprochen werde, die Geschäfte des Landes etwas mehr rechts oder mehr links zu führen.

bz. Paris, 10. Jan. Bei den Neuwahlen zum Senat wurden im ersten Wahlgange 72 Senatoren endgültig gewählt. In 24 Bezirken hat Stichwahl stattgefunden, die im Gange ist. Es wurden gewählt: drei Liberale, drei Progressisten, 19 Linksrepublikaner, 32 Radikale und Sozialradikale und 5 Sozialrepublikaner. Die Konservativen gewinnen keinen Sitz, verlieren 4, die Liberalen gewinnen zwei Sitze, verlieren keinen, die Progressisten gewinnen zwei Sitze, verlieren einen, die Linksrepublikaner gewinnen sechs und verlieren 1 Sitz, die Radikalen und Sozialradikalen gewinnen zwei und verlieren neun, die sozialen Republikaner gewinnen drei und verlieren keinen Sitz. In der Stichwahl wurden noch gewählt drei Linksrepublikaner, acht Sozialradikale und soziale Republikaner. Elf Stichwahlen haben noch stattzufinden. Der ehemalige Präsident der Republik Paul Deschanel ist in seinem bisherigen Wahlkreise Eure et Loire gewählt worden. Von den Ministern sind bis jetzt gewählt: Justizminister L'Hopiteau, Finanzminister Marsal und der Minister für Kunst und Wissenschaft Honnorat.

die Apostolische Gesandtschaft auch in Zukunft dort erhalten bleibe. Indem Wir den Ausdruck eurer Dankbarkeit gerne entgegennehmen, geben Wir für jene Dienste, wie sich es gebührt, Gott die Ehre; von der Gesandtschaft erwarten Wir, daß sie wesentlich beitragen werde zur Erhaltung der freundlichen Amtsbeziehungen, die stets für das katholische Bayern mit dem Stuhle des Hl. Petrus glücklich bestanden haben, und zur Bezeigung unserer ganz besonderen Liebe zu Bayern. Was aber die Wohlfahrt eurer Diözesen betrifft, so wünschen Wir euch Glück zu dem Eifer, mit dem ihr bestrebt seid, die Schäden eines so furchtbaren Krieges wieder gutzumachen, und zwar vor allem, wie ihr begonnen habt, durch Wiederbelebung der Uebung des christlichen Lebens im Volke, durch allmähliges Einschärfen des Gebotes der Liebe und endlich durch Schützung der Rechte der Kirche, damit die Kinder in den öffentlichen Schulen in gebührender Weise erzogen werden. Es bedarf also kaum der Heischung eurer Gesinnung, auf daß durch Rührigkeit und Arbeit die schon so glücklichen Bestrebungen eurer Sorgsamkeit sich noch gedeihlicher entwickeln. Vielmehr beten Wir inständig zu Gott, daß er euren Absichten und Unternehmungen mit seiner Hilfe zur Seite stehen und eurer Vaterland mit allen Segnungen des Friedens und Heiles reichlich und freigebig ausstatten wolle. Zum glücklichen Unterpfand dieser himmlischen Gaben und zum Zeugnis Unseres väterlichen Wohlwollens erteilen Wir euch, ehrwürdige Brüder, und dem gesamten Klerus, sowie dem Volke, das einem jeden von euch anvertraut ist, aufs liebevollste den Apostolischen Segen.

Botschafter Dr. Mayer.

Die amtliche Erklärung, daß der Botschafter in Paris, Dr. Mayer, weiter auf seinem Posten verbleiben wird, muß mit Befriedigung registriert werden. Denn dieser Nichtberufsdiplomat, gegen dessen Amtsführung noch von keiner Seite irgend welche Beanstandung erhoben wurde, hat es verstanden, sich auf dem schwierigen Platze, an dem er die Interessen des Deutschen Reiches zu vertreten hat und mit Geschick vertritt, nicht nur eine angesehene Position zu schaffen, sondern auch in seinem Verkehr mit der französischen Regierung das Vertrauen zu erwerben, das in dieser durch die Fessel des Friedensvertrages besonders reibungsvollen Zeit für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, die trotz aller noch bestehenden und immer wieder neu auftauchenden Gegensätze als ein wichtiges Ziel der deutschen Politik nicht aus den Augen gelassen werden darf, unentbehrlich ist. Daß Dr. Mayer dieses Vertrauen soweit davon bei der Geistesrichtung der derzeitigen französischen Staatsmänner die Rede sein kann, genießt, ging deutlich aus den Worten hervor, die Millerand nach seinem Einzug ins Elysee beim Besuch des Botschafters an ihn als Erwiderung auf seine Ansprache richtete. Es lag dann auch eine offenkundige Tendenz darin, wenn der Temps vorgestern andeutete, daß gewisse Kreise der Wilhelmstraße die Ersetzung Dr. Mayers durch einen Berufsdiplomaten wünschten. Die antideutsche Spitze darin war unverkennbar. Die Action Française und andere nationalistische Blätter wiesen auf den Leiter der Friedensdelegation v. Mutius hin, der den Wunsch habe, Mayers Nachfolger zu werden. Demgegenüber betont der Pariser Korrespondent des Berl. Tagebl., daß v. Mutius aus sachlichen und persönlichen Gründen nicht daran denke, Botschafter in Paris zu werden, daß in der Regierung dieser Plan niemals erwogen worden sei und daß die Herren Mayer und Mutius in bestem Einvernehmen miteinander arbeiten.

Dem Gerücht, daß Dr. Mayer von Paris scheiden wolle, lag allerdings außer den französischen Stimmen auch noch eine Aeußerung zugrunde, die der Botschafter selber vor wenigen Wochen gelegentlich eines Besuches im Reichstag in einem größeren Kreise von Parlamentariern und Journalisten getan hat, wobei er u. a. darauf hinwies, daß er seinerzeit den Pariser Posten nur unter der Voraussetzung angenommen habe, daß man ihn nach einem Jahre auf seinen Wunsch wieder freigeben würde. Die Tätigkeit des Botschafters in Paris ist gewiß sich häufender Aufregungen voll. Darum verdient es besonders anerkannt zu werden, daß Dr. Mayer sich entschlossen, seine persönlichen Wünsche hintanzustellen, und der Aufforderung der Reichsregierung, auf seinem Posten zu verbleiben, Folge geleistet hat. Dadurch erledigt sich auch eine Ausstreuung, wonach er von der Bayerischen Volkspartei als baldiger Nachfolger des Ministerpräsidenten v. Kahr ausersehen sei und deshalb nach Deutschland zurückzukehren wünsche.

Wenn die Reichsregierung Gewicht darauf legte, daß kein Wechsel in der Pariser Botschaft eintrat, so bezeugt das schließlich einwandfrei, daß sie sein Wirken in jeder Beziehung als verdienstvoll würdigt und die auch in der Presse (z. B. in der Voss. Ztg. und im Berliner Tageblatt) zum Ausdruck gekommene Ueberzeugung teilt, daß sein Verbleiben in Paris eine Notwendigkeit ist.

Die Einigung mit den Beamten und Eisenbahnern.

— Berlin, 10. Jan. Im Verlauf des Freitags sind im Reichsfinanzministerium Besprechungen über die Erhöhung der Teuerungszuschläge mit den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes und der Großorganisa-